



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 09.01.2020
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) <i>Vertretung für Frau Heike Wießner</i>
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sven Bartsch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Christian Loll	Leiter Team Fördermittel
René Lukas	Protokollführer

Gäste

Jens Kreisel	Betriebsleiter Eigenbetrieb Kindertages- stätten
Sabine Schubert	Sozialarbeiterin
Heike Müller	Sozialarbeiterin
Thomas Richter	Sozialarbeiter
Danilo Götz	Sozialarbeiter

Entschuldigt fehlten:

Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Mahler	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Janice Windisch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Brederlow sprach an, dass die Haushaltsvorlage als Dringlichkeit auf der Tagesordnung steht, begründete dies und bat um die Aufnahme in die Tagesordnung.

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Aufnahme dieser Vorlage in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit**

Frau Brederlow bat um die Aufnahme der kurzfristig vorgelegten Dringlichkeitsvorlage zu den Fördermitteln in die Tagesordnung. Sie schlug vor, sich nach der Aufnahme in die Tagesordnung zu verständigen, wie mit der Behandlung dieser Beschlussvorlage weitergehend umgegangen werden soll.

Herr Kramer sprach an, dass es vorab der Sitzung eine kurze Verständigung zum Umgang mit dieser Beschlussvorlage durch die freien Träger gegeben hat. Er schlug vor, dass es eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses nach dem 29.01.2020 geben soll, um in der regulären Sitzung im Februar diese Beschlussvorlage beschließen zu können.

Herrn Schachtschneider wollte wissen, ob tatsächlich zwei Sitzungen für diese Vorlage erforderlich sind.

Herrn Kramer bestätigte dies.

Herr Kramer fragte, wenn die Beschlussvorlage nicht auf die Tagesordnung kommen sollte, ob eine Sondersitzung vor Februar möglich ist.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass bei keiner Aufnahme in die heutige Tagesordnung diese Beschlussvorlage in die reguläre Sitzung im Februar kommen wird.

Herr Dr. Wend plädierte für die Aufnahme der Beschlussvorlage auf die heutige Tagesordnung. Er bat um Abstimmung der Dringlichkeit.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
Mit 2/3 Mehrheit

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017
 - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/ 2019/00017)
Vorlage: VII/2019/00622
 - 5.2. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602
 - 5.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert (Fraktion Hauptsache Halle) der Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018, hier: 36302 Förderung der Erziehung in der Familie
Vorlage: VII/2020/00811
 - 5.3. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11 - 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2020 und 2021
Vorlage: VII/2019/00704
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Vorstellung des Vorhabens eines trägerübergreifenden Kita-Portals zur Anmeldung für einen Kita-Platz
 - 8.2. Bericht Familien stärken – Perspektiven eröffnen
 - 8.3. Mitteilung der IB Mitte gGmbH zur Einstellung von Maßnahmen / Antragsrücknahme auf Förderung von Leistungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 - 9.1. Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Finanzierung der Servicepauschale bei freien Trägern von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen
 - 9.2. Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Vergabe von Kitaplätzen durch die Stadt Halle
10. Anregungen
 - 10.1. Themenspeicher 2020

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Es lagen keine Niederschriften zur Genehmigung vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/
2019/00017 Vorlage: VII/2019/00622**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/**

Frau Brederlow sprach an, dass das Freiraumkonzept bereits durch die Verwaltung vorgestellt wurde. Sie betonte, dass es darum geht, kulturelle und soziale Freiräume in der Stadt Halle (Saale) zu erschließen.

Frau Haupt sagte, dass in den vorangegangenen Sitzungen anderer Gremien diese Beschlussvorlage nochmals vertagt worden ist. Ihre Fraktion wird nicht zustimmen, wenn die Mittel aus dem kulturellen, sozialen und Jugendhilfebereich kommen. Diese Positionen müssen zum Haushalt besprochen werden; ein Deckungsvorschlag kann momentan noch nicht eingebracht werden.

Frau Brederlow bemerkte, dass die Situation zu den Vertagungen dieser Beschlussvorlage sehr ungünstig ist, da der Änderungsantrag zum Haushalt eine Rolle spielen muss. Sie appellierte an die Mitglieder, sich zu dem Freiraumkonzept zu bekennen und die finanziellen Aspekte im Finanzausschuss zu besprechen.

Frau Haupt betonte, dass zu dem Änderungsantrag abgestimmt werden muss, damit dieser in die Haushaltsberatung im Finanzausschuss kommt.

Durch **Herrn Dr. Wend** wurde der Beschlusstext aus dem Änderungsantrag verlesen und dafür geworben, dass dem zugestimmt werden kann.

Herr Schachtschneider machte darauf aufmerksam, dass bei einer Beschlussfassung des Freiraumkonzeptes auch die Haushaltswirksamkeit beschlossen wird. Das Produkt ist im kulturellen Bereich verankert, sodass dies geändert werden müsste.

Frau Brederlow widersprach dieser Auffassung. Der Änderungsantrag sagt aus, dass die finanziellen Mittel aus dem Gesamthaushalt kommen sollen und nicht automatisch aus dem Kulturhaushalt. Die 55 TEUR müssen dennoch im Haushalt zu finden sein, insofern wird das Produkt benötigt.

Herr Kramer erkundigte sich nach dem Prozedere zur Beschlussfassung Freiraumkonzept.

Frau Haupt sagte, dass in Vorbereitung auf den Finanzausschuss noch in ihrer Fraktion geklärt wird, woher die Mittel genommen werden sollen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch nicht im Änderungsantrag enthalten. Sie plädierte nochmals dafür, dass der heute vorliegende Änderungsantrag abgestimmt werden muss.

Herr Senius sprach an, dass es im gestrigen Kulturausschuss nicht behandelt wurde, weil ein Zusammenhang zwischen Haushalt und Freiraumkonzept gesehen wird. Er sagte, dass momentan am Freiraumkonzept die Finanzierung aus der freien Projektförderung im Bereich Kultur störend ist.

Durch **Herrn Schachtschneider** wurde die Auffassung vertreten, dass bei einem Beschluss des jetzt vorliegenden Freiraumkonzeptes die Finanzierung über die Kulturförderung enthalten wäre. Der Änderungsantrag sollte unmissverständlich formuliert werden.

Herr Dr. Wend schlug vor, den Änderungsantrag abzustimmen.

Herr Heym sprach an, dass dieser Umstand nicht klar geregelt ist und dadurch hinsichtlich der Nachfrage zu individuellen Lebensentwürfen missbraucht werden könnte.

Herr Döring fragte, welche Maßnahmen dafür erforderlich sind.

Frau Brederlow erwiderte, dass bei Konzepten in der Regel nicht unmittelbare Maßnahmen enthalten sind, die hier mit beschrieben werden. Diese Maßnahmen werden entsprechend dem Bedarf, welcher sich im Laufe der Zeit auch immer wieder ändern kann, besprochen. Sobald es Kinder und Jugendliche betrifft, wäre der Jugendhilfeausschuss immer mit beteiligt. Es soll auf konkret entstehende Bedarfe flexibel reagiert werden können.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung auf.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" (VII/
2019/00017) Vorlage: VII/2019/00622**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

2. Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird

**zu 5.1 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019
Vorlage: VII/2019/00017**

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt mit Änderung**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).

**zu 5.2 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den
Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602**

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert (Fraktion Hauptsache Halle) der Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018, hier: 36302 Förderung der Erziehung in der Familie
Vorlage: VII/2020/00811**

Frau Brederlow sprach an, dass der Stadtrat den Haushalt vertagt hat und demzufolge dieser nochmals in den Ausschüssen behandelt wird. Der Frage-Antwort-Katalog liegt aktualisiert zur Vorlage in Session vor. Im Finanzausschuss werden die Änderungsanträge besprochen. Ziel ist es, dass der Haushalt im Januar 2020 im Stadtrat beschlossen werden kann.

Herr Dr. Wend machte auf die drei Punkte aufmerksam, die zur Disposition stehen. Hierbei geht es um die Streetworkerstelle, die 100 TEUR im Bereich Schulsozialarbeit und die 200 TEUR im Bereich Unterstützung zur Erziehung in der Familie. Er machte seine Sichtweise auf diese drei Positionen deutlich und hob hierbei als Priorität die 200 TEUR für die Förderung der Erziehung in der Familie hervor.

Frau Gellert wies darauf hin, dass diese Priorität bereits in der letzten Sitzung besprochen wurde. Sie schlug vor, dass der Jugendhilfeausschuss diesen Änderungsantrag gemeinsam stellen sollte. Sie stellte klar, dass es sich konkret um 175 TEUR handelt und vom Fachbereich Bildung die 200 TEUR auf dieses Produkt aufgerundet wurden.

Herr Kramer erläuterte zu den 200 TEUR, dass es sich hier um die Differenzen handelt, die aus der mittelfristigen Planung kommen. Diese beinhalteten die allgemeinen Lohnsteigerungen. Werden diese herausgerechnet, kommt man auf die 175 TEUR. Im Änderungsantrag von Frau Gellert und Herrn Dr. Wend wurden diese Lohnsteigerungen nicht berücksichtigt.

Frau Gellert sagte, dass der Änderungsantrag auf die 200 TEUR korrigiert wird.

Herr Schachtschneider kündigte einen Änderungsantrag für die Streetworkstellen an. Es bestand eine Einigkeit im Jugendhilfeausschuss darüber, dass jedem Sozialraum zwei Streetworkstellen zugeordnet werden.

Frau Brederlow sagte, dass es sich um eine Sozialarbeiterstelle handelt, von den ursprünglich zehn im Stellenplan enthaltenen Stellen. Über den Stellenplan wird im Finanzausschuss gesprochen; der Jugendhilfeausschuss kann dafür eine Empfehlung aussprechen bzw. Änderungsantrag einbringen.

Frau Gellert schloss sich der Begründung von Herrn Schachtschneider für die Streetworkstellen an und wies explizit darauf hin, dass der Bedarf an Streetwork sehr hoch ist. Sie drückte ihr Unverständnis darüber aus, dass auch Beschlüsse des Stadtrates aufgrund der Finanzlage einfach so ausgehebelt werden, insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass eine Haushaltsplanung immer auch eine neue Prioritätensetzung ist. Sie wies darauf hin, dass die Stadtverwaltung mit dem Haushalt einen Vorschlag gemacht hat und wenn Änderungen gewollt sind, müssen entsprechende Änderungsanträge gestellt werden.

Frau Haupt befürwortete einen Änderungsantrag durch den Jugendhilfeausschuss.

Herr Kramer sprach sich ebenfalls für einen Änderungsantrag durch den Jugendhilfeausschuss aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung auf.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der Stadträtin Beate Gellert (Fraktion Hauptsache Halle) der Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) des Jugendhilfeausschusses zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018, hier: 36302 Förderung der Erziehung in der Familie
Vorlage: VII/2020/00811**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt nach Änderung

Beschlussempfehlung:

Der Ansatz für das Jahr 2020 in der Leistung 1.36302.07 Förderung Freier Träger im Produkt 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie wird um ~~175.397~~ **200.000** EUR auf ~~903.220~~ **927.823** EUR erhöht.

**zu 5.2 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt mit Änderung

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2020 mit dem Haushaltsplan 2020.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.

**zu 5.3 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11 - 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2020 und 2021
Vorlage: VII/2019/00704**

Frau Brederlow brachte die Beschlussvorlage ein. Sie wies darauf hin, dass diese Vorlage auf der Grundlage des Haushaltsplanentwurfes erstellt worden ist. Die Prioritäten wurden entsprechend aufgenommen und die Wichtung wurde bei den einzelnen Trägern vorgenommen. Sie erläuterte, dass anhand der Leistungsbeschreibung die einzelnen Anträge der Träger bewertet und eine Beschlussvorlage vorgelegt wird.

Herr Schachtschneider fragte zum Internationalen Bund nach. Dies betrifft konkret zwei Schulen ab Januar und vier weitere Schulen, zu denen dann die Anträge ab 01.08.2020 zustellen sind. Er wollte wissen, ob eine Beschlussfassung im Februar erreicht werden kann.

Frau Brederlow erwiderte, wenn ein Träger seinen Antrag zurückzieht, besteht der Bedarf für die Schule dennoch. Die Verwaltung ist bemüht, schnell einen neuen Träger für diese Schulen zu finden.

Frau Gellert sagte, dass die zusätzlichen Schulsozialarbeiterstellen nur bis 31.12.2020 bewilligt worden sind. Es sollten Lösungen für bestimmte Projekte Schuljahresweise gefunden werden. Hierzu sollte eine Verständigung mit dem Land erfolgen.

Frau Brederlow wies auf die Förderrichtlinie hin, dort werden die Stellen der freien Träger, auch in der Schulsozialarbeit gefördert. Ein beschlossener Landeshaushalt 2020/21 liegt noch nicht vor. Grundlage muss die Jugendhilfeplanung sein, die für nächstes Jahr vorgesehen ist. Im Rahmen der Förderrichtlinie kann auf der Grundlage der Jugendhilfeplanung agiert und auch eine mehrjährige Förderung beschlossen werden.

Herr Dr. Wend fragte, ob ein Termin für eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses benötigt wird, da die nächste reguläre Sitzung bereits am 06.02.20 ist.

Herr Kramer bestand auf zwei Lesungen, in einer Sitzung sollte vorbereitend auf eine Diskussion eingegangen werden. Er erklärte sich damit einverstanden, wenn die Sondersitzung erst nach der regulären Sitzung am 06.02.20 stattfindet.

Durch **Herrn Dr. Wend** wurde demzufolge die Sitzung am 06.02.2020 als Erstbehandlung der Fördermittelvorlage angesagt und es erfolgte eine Verständigung für eine Sondersitzung am 20.02.2020. Dazu gab es keinen Widerspruch von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses.

Herr Frolow bat darum, dass Fragen zu der vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung zeitnah zugehen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Verteilung der Haushaltsmittel für die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe:

in Höhe von 4.439.300,00 EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2020,
in Höhe von 3.647.180,00 EUR unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2021,

auf die einzelnen Sozialräume nach Prioritäten gemäß: Anlage A.

2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der einzeln aufgeführten Maßnahmen unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2020 und 2021 in folgenden Teilbereichen:

Teilbereich I:	im Sozialraum I,	gemäß den Vorschlägen in Anlage SR I,
Teilbereich II:	im Sozialraum II,	gemäß den Vorschlägen in Anlage SR II,
Teilbereich III:	im Sozialraum III,	gemäß den Vorschlägen in Anlage SR III,
Teilbereich IV:	im Sozialraum IV,	gemäß den Vorschlägen in Anlage SR IV,
Teilbereich V:	im Sozialraum V,	gemäß den Vorschlägen in Anlage SR V,
Teilbereich VI:	für sozialraumübergreifend stattfindende Maßnahmen,	gemäß den Vorschlägen in Anlage SRÜ,
Teilbereich VII:	für Maßnahmen der Schulsozialarbeit,	gemäß den Vorschlägen in Anlage SchulSozArb.

3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Ablehnung aller nicht zur Förderung vorgesehenen Maßnahmen bzw. Maßnahmenteile, gemäß den Vorschlägen in den Anlagen:

SR I bis SR V, SRÜ, SchulSozArb.

4. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, über Anträge für Maßnahmen bzw. Maßnahmenteile der Schulsozialarbeit für den Zeitraum bzw. Teilzeitraum ab 01.08.2020 in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Monat Juni 2020 zu entscheiden.
5. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des Salinetechnikums unter dem Haushaltsvorbehalt für die Jahre 2020 und 2021, gemäß dem Vorschlag in Anlage Sonstiges.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Vorstellung des Vorhabens eines trägerübergreifenden Kita-Portals zur Anmeldung für einen Kita-Platz**

Herr Kreisel stellte den Ausschussmitgliedern das Vorhaben eines trägerübergreifenden Kita-Portals zur Anmeldung für einen Kita-Platz vor.

Die Präsentation ist im Session unter dem TOP 8.1 hinterlegt.

Herr Schachtschneider wollte wissen, ob es bereits Vorgespräche mit freien Trägern gab.

Herr Kreisel sagte, dass man sich in Gesprächsrunden mit Trägern geeinigt hat, dass Kitas von freien Trägern mit den entsprechenden Kontaktdaten hinterlegt werden können.

Herr Döring fragte nach, ob es für die Entwicklung eines solchen Programmes bereits Gespräche mit den freien Trägern gegeben hat. Er bat, nach der Fertigstellung des Katalogs und den Gesprächen mit der ITC, um Information zum konkreten Zeitablauf.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadt zuerst etwas entwickeln möchte, was dann den Trägern vorgestellt werden kann. Es soll ein Angebot erfolgen, dass sich die Träger am städtischen System beteiligen können. Dies kann aber den Trägern nicht verordnet werden.

Herr Kreisel informierte zum technischen Hintergrund des Portals.

Frau Manser hinterfragte die Digitalisierung des Portalsystems.

Herr Kreisel erläuterte, dass es schon Leistungen gibt, für die man sich mit dem digitalen Personalausweis identifizieren kann. Vorteil ist dabei, dass Verträge rechtsverbindlich auf dieser Plattform zustande kommen können. Insofern ist ein vorheriger Besuch der Kita anzuraten, bevor man sich vertraglich bindet.

Herr Heinicke sprach eine offizielle Einladung an Herrn Kreisel aus, damit dieser das Projekt bei den Trägern vorstellen kann. Das Interesse der freien Träger an einer Regelung bzw. Beteiligung ist sehr groß.

Herr Kreisel bedankte sich für die Einladung.

zu 8.2 **Bericht Familien stärken – Perspektiven eröffnen**

Frau Schubert, Frau Müller, Herr Richter und Herr Götz stellten den Ausschussmitgliedern den Bericht „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“, vor.

Die Präsentationen ist im Session unter dem TOP 8.2 hinterlegt.

Frau Haupt fragte, ob nur das Jobcenter zu Fällen anfragt oder auch eine direkte Kontaktvermittlung über Andere läuft oder sich Personen direkt bei ihnen melden.

Frau Müller antwortete, dass die vorrangige Vermittlung über das Jobcenter läuft. Es werden auch Familien über den Allgemeinen Sozialen Dienst vermittelt. Kontakte bestehen auch zu den Kindertagesstätten und freien Trägern, wo eine Vorstellung des Projektes erfolgt.

Frau Schmidt fragte, wie viele Familien aktuell betreut werden und wie viele Kontakte wöchentlich bestehen.

Frau Schubert sagte, dass aktuell 26 Familien für ein Jahr betreut werden. Wenn weitere Kontakte noch erforderlich sind, kann für die Familie ein halbes Jahr verlängert werden. Die Kontaktanzahl zu den Familien ist unterschiedlich, mindestens einmal im Monat Kontakt mit der Familie wird angestrebt.

zu 8.3 Mitteilung der IB Mitte gGmbH zur Einstellung von Maßnahmen / Antragsrücknahme auf Förderung von Leistungen

Die vorliegende Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Schachtschneider fragte, ob es eine Begründung für den Rückzug des IB Mitte GmbH gab.

Herr Frolow antwortete, dass der IB dies mit Personalproblemen begründet hat. Der Träger muss Umlagen an seine Organisationsstruktur abgeben, die nicht gering sind. Dies stellt den Träger auch in der Finanzierung vor Probleme, weil in der Schulsozialarbeit eine 100 % Finanzierung ist und laut der Förderrichtlinie nur 5 % an Verwaltungskostenpauschale bezogen auf die Personalkosten anerkannt werden und nicht die 11,4 %, die der Träger abführen muss.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Finanzierung der Servicepauschale bei freien Trägern von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen

zu 9.2 Jan Döring (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Vergabe von Kitaplätzen durch die Stadt Halle

Herr Döring stellte seine mündlichen Anfragen zu TOP 9.1 und TOP 9.2.

Sie sind jeweils im Session hinterlegt.

Herr Frolow beantwortet die Anfragen mündlich.

zu 9.3 Herr Schachtschneider zum Sanierungsstand Knirpsenland I und II

Herr Schachtschneider fragte nach dem Sanierungsstand im Knirpsenland I und II. Dies sollte bereits im Dezember abgeschlossen sein.

Herr Kreisel bestätigte, dass die Antwort schriftlich erfolgen wird.

zu 9.4 Frau Haupt zu Notfallplänen in Kindertagesstätten

Frau Haupt fragte, ob es die sogenannten „Notfallpläne“ bei Personalunterbelegung in jeder Kita gibt oder ob diese saisonabhängig sind.

Herr Kreisel bestätigte, dass die Antwort schriftlich erfolgen wird.

zu 9.5 Herr Dr. Wend zur Geschwisterregelung

Herr Dr. Wend bemerkte, dass Geschwisterkinder teilweise lange auf einen Kitaplatz warten müssten. Er fragte, ob es sich um Einzelfälle handelt.

Herr Kreisel antwortete, dass ihm so ein Fall nicht bekannt sei. Im EB Kita wird umgesetzt, dass ein Geschwisterkind bevorzugt aufgenommen wird.

zu 9.6 Herr Bartsch zum Beitragserlass Geschwisterregelung

Herr Bartsch fragte, ob die Stadt Halle (Saale) Vorgaben hinsichtlich des Beitragserlass von Geschwisterregelung an die Träger von Kitas stellt. Hier soll es unterschiedliche Herangehensweisen geben.

Herr Frolow verwies auf das neue KiFöG, hier liegt eine andere Ermäßigungsregelung vor. Wenn ein Hortkind in der Betreuung ist, kann gleichzeitig ein Kitakind in der Betreuung sein, dann ist das Kitakind beitragsfrei. Der Träger benötigt einen Nachweis darüber. Es wurde Ende des Jahres 2019 mit den Trägern vereinbart, dass sogenannte „Betreuungsbescheinigungen“ benötigt werden.

Herr Bartsch bemerkte die Frage von Frau Haupt zu „Notfallplänen“. Von der Volkssolidarität wurden im Oktober Notfallpläne für Personalausfall und das Reinigungs- und Küchenpersonal erarbeitet und durch das Kuratorium auch bestätigt.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 10.1 Themenspeicher 2020

Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.

zu 10.2 Herr Starke zur Eröffnung der Jugendberatungsstelle tumult

Herr Starke teilte mit, dass die stationäre Beratung „tumult“ am 24.01.2020 um 11 Uhr im „Haus der Jugend“ in der Neustädter Passage 1 eröffnet wird. Er regte eine Teilnahme der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses an.

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer